

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Leipziger Zusammenstöße.

Leipzig, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach der gestern in den Spätnachmittagsstunden vom Gewerkschaftskartell und der USPD. auf dem Augustusplatz veranstalteten Demonstration kam es leider zu blutigen Zusammenstößen zwischen unkontrollierbaren Banden, die schon den ganzen Tag über die Stadt beunruhigten, und der Polizei. Während der Veranstaltung war die Polizei noch und nach zurückgenommen worden bis in den Eingang der Ritterstraße. Die Menge drängte jedoch vom Augustusplatz schrittweise nach, so daß sie ebenfalls nach längerer Zeit den Eingang der Ritterstraße erreichte. Den andauernden Forderungen, die Polizei noch weiter zurückzunehmen, konnte nicht stattgegeben werden, vielmehr wurde mit Bestimmtheit erklärt, daß die Polizei diese Stellung unter allen Umständen halten werde. Darauf erschienen von der USPD. eine größere Anzahl Ordner, denen es etwa drei Viertelstunden lang gelang, die Menge zurückzuhalten. Die Ordner wurden jedoch beschimpft, bedroht und fälschlich angegriffen. Angesichts dieser Lage wurde von den Ordnern der Menge mindestens zehnmal erklärt, daß, wenn die Bedrängung nicht aufhöre, sie sich zurückziehen und der Polizei freie Bahn lassen müßten. Mehrere Redner, darunter auch Führer der SPD., versuchten vergeblich, die Menge zum Zurückgehen nach dem Augustusplatz zu bewegen. Ihnen wurde allgemach entgegengerufen: „Wir sind nicht USPD. und nicht SPD.-Leute, wir machen unsere eigene Aktion!“ Unter starkem Druck wurde versucht, die Ordnerkette in der Mitte zu sprengen. Schließlich konnten die Ordner sich nicht mehr halten, erklärten aber nochmals, daß sie unter diesen Verhältnissen abziehen müßten, um der Polizei freie Hand zu geben. Doch alle Warnungen wurden mit Johlen und Schreien erwidert und in den Wind geschlagen. Nunmehr trafen die Ordner zur Seite, und die Polizei, auf die die Menge zustürmte, griff mit Gummiknüppeln ein und räumte die Straße bis zum Augustusplatz.

Während dieser Vorgänge war vom Augustusplatz bereits ein Schuß gefallen. Auch wurden die Polizeibeamten und die Redner mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen. Doch die Polizei reagierte auf all dies nicht. Nach dem Vordringen wurde der Augustusplatz zunächst durch eine Polizeikette abgesperrt. Hierauf übernahmen wiederum Ordner die Absperrung und die Polizei zog sich wieder in die Ritterstraße zurück. Die Ordner konnten jedoch die stürmisch nachdrängende Menge nicht halten, so daß dieselbe bald wieder in der Ritterstraße stand. Hier erklärten nunmehr die Ordner endgültig, daß sie ihre Tätigkeit einstellen und alles weitere der Polizei überlassen.

Die Polizei rückte erneut vor und räumte die Straße bis zum Augustusplatz. Dort wurde sie mit einem Hagel von Steinen überschüttet, so daß sie sich etwa 20 Meter zurückzog, um sich zu sammeln. Zu dieser Zeit wurde auch das große Schaufenster von Damberger und Herz eingeworfen und teilweise geplündert. Von der Menge wurden Steine in großen Massen von dem in der Pflasterung befindlichen Fußweg am Postgebäude herangeschleppt und die Polizei damit und mit Glasstücken der zertrümmerten Scheibe beworfen. Zu diesem Zeitpunkt fielen abermals etliche Schüsse aus der Menge. Die Polizei griff nunmehr im Sturmsturm, und zwar wiederum mit Gummiknüppeln an, wurde aber mit einem solchen Hagel von Steinen, Glasstücken und anderen Gegenständen überschüttet, daß die Beamten in spontaner Notwehr ihre Pistolen zogen und feuerten. Nunmehr räumte die Menge schichtartig den Platz, worauf das Schießen eingestellt wurde.

Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich zurzeit noch nicht genau feststellen. Soweit bisher bekannt geworden ist, sollen 5 bis 6 Tote und 23 Verwundete zu verzeichnen sein. Die Polizei hat 15 Verwundete, darunter einige Schwerverwundete.

Ein Polizeibeamter wurde durch den Rücken in die Lunge gestoßen und ist seinen schweren Verletzungen bereits erlegen. Das Polizeipräsidium erläßt heute eine Bekanntmachung, wonach auf Grund des § 123, 2 der Reichsverfassung alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden.

Im Stadtoberverordnetenkollegium wurde gestern abend einstimmig ein Antrag der USPD. angenommen, wonach vom Reich die sofortige Verdoppelung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Unterstützung gefordert werden soll.

Der oberschlesische Streik.

Beuthen, 7. Juni. (Tl.) Ueber die Streiklage wird weiter berichtet, daß in den gestrigen Nachmittagsstunden die Belegschaften des Oxfeldes und des Hermannschachtes der Königin-Luise-Grube in Hindenburg in den Ausstand getreten sind. Auf der Kastenlo-Grube ist die Zahl der Arbeitswilligen größer geworden, so daß am Donnerstag die Arbeit dort wieder aufgenommen werden dürfte. Im übrigen lehnen die Führer der Gewerkschaften auch weiterhin den Streik ab, so daß er als wilder Streik bezeichnet werden muß. Die Arbeitgeber sind mit den Gewerkschaften in paritätische Verhandlungen eingetreten, um in den nächsten Tagen den Arbeitswilligen einen Sonderzuschuß mit Rücksicht auf die täglich größer werdende Teuerung zu zahlen. (Unsere Leser wissen, daß wir die Meldungen von W.B. und Tl. stets nur mit Vorbehalt wiedergeben. So ist zu der gestrigen Meldung über den Streik in Hagen-Schwelm, den Tl. als einen kommunistischen Streik hinstellt, zu bemerken, daß er von den Gewerkschaften geführt wird. D. Red.)

Erwerbslosendemonstration in Weimar.

Weimar, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie in allen größeren Städten Thüringens und Sachsens fand auch in Weimar gestern eine Erwerbslosendemonstration statt, an der das Gewerkschaftskartell offiziell beteiligt war. Im strömenden Regen versammelten sich die Erwerbslosen nachmittags vor dem Volkshaus und zogen dann zum Marktplatz. Vor dem Rathaus sprach ein Redner, der die Gründe zur Demonstration darlegte und die Forderungen der Erwerbslosen vortrug. Eine ziemlich heftige Bemächtigung der Demonstranten, als es von der Stadtoberverwaltung abgelehnt wurde, die Redner vom Balkon des Rathauses aus sprechen zu lassen. Die Demonstranten nahmen eine vorgebrachte Resolution einstimmig an.

Bedauerlicherweise und zum Schaden der Erwerbslosen selbst ließ man es geschehen, daß zweifelhaftes Element, die größtenteils unorganisiert und in der Arbeiter- oder Gewerkschaftsbewegung bisher noch ganz unbekannt sind, sich zu Wortführern machten. Einer der Redner versuchte die Massen zu provozieren. Zum Glück nahm ihn niemand ernst. Leider hat er der Demonstration selbst jedoch sehr geschadet.

Wie diese Leute die Sache der Erwerbslosen zu vertreten verstehen, zeigte sich am Abend im Volkshaus, als unser Genosse Redakteur Lehmann die in einem Zimmer versammelten Erwerbslosen aufsuchte, um sich die aufgestellten Forderungen und die angenommene Resolution im Wortlaut geben zu lassen. Jene zweifelhaften Elemente, an ihrer Spitze ein gewisser Weiße, stürzten sich auf ihn und versuchten ihn niederzuschlagen. Genosse Lehmann trug Verletzungen im Gesicht und an der Hand davon. Die Sache wäre gefährlich ausgefallen, wenn nicht andere Genossen dazwischengegangen wären. Die organisierte Arbeiterschaft, ganz gleich ob SPD. oder USPD., lehnt jene Elemente ab und findet für den Vorfall nur lebhafteste Entrüstung.

getroffenen Maßnahmen im Ruhrgebiet eine Aenderung erfahren. Deutschland müsse alle Voraussetzungen zurückziehen, durch die es den Widerstand gegen den Versailler Vertrag sowohl hinsichtlich der Reparationen, wie auch im Hinblick auf das besetzte Gebiet organisierte.

Der Schlüsselstein der Lage.

London, 7. Juni. (W.B.) Der Finanzberichterstatter der „Times“ führt aus: Sollte Deutschland einen Plan vorbringen, der substantielle Garantien biete, so würde Belgien sehr froh sein, sich vollkommen aus dem Ruhrgebiet zurückziehen zu können. In seiner Abneigung gegen das Ruhrunternehmen teile Belgien die Ansicht Großbritanniens. Aber es stimme mit Frankreich in der Weigerung überein, die Frage der Zurückziehung zu erwägen, wenn nicht angemessene Alternativ-Garantien gefunden würden und bevor tatsächliche Zahlungen von Deutschland gemacht wären.

Feste Börse.

In Berliner Finanzkreisen herrscht die Meinung vor, daß bei den gestrigen Brüsseler Besprechungen Poincaré sich als der Stärkere erwiesen habe und daß Belgien vorläufig, wenn auch mit Widerwillen, im Schlepptau der französischen Politik bleiben werde. Die außenpolitische Lage gilt deshalb als sehr ernst. Die Unruhen in Leipzig und die umschweifende Streik- und Lohnbewegung in anderen Teilen Deutschlands lassen auch die innenpolitische Lage noch immer in trübem Lichte erscheinen. Am Devisenmarkt setzt sich deshalb die Aufwärtsbewegung der Kurse noch weiter fort. Gegen 1 Uhr wurde der Dollar mit 79 500 gehandelt. Die feste Tendenz der Devisen beeinflusst natürlich auch den Effektenmarkt. Man konstatiert hier mit einer gewissen Genugtuung, daß gestern die großen Verkaufsaufträge des Publikums glatt Aufnahme gefunden hätten. Besonders gesucht waren heute Valutapapiere, Elektro-, Schiffahrts- und Petroleumwerte.

Der Druck.

Zum Brüsseler Kommuniqué.

Am Tage vor der Ueberreichung des deutschen Memorandums hat sich Herr Poincaré nach Brüssel begeben, um mit seinem Ruhrverbündeten vertrauliche Unterhaltung zu pflegen. Als ihr Ergebnis wurde eine Erklärung in die Welt geschickt, die in der Morgenausgabe dieses Blattes abgedruckt ist.

Es ist nicht unsere Aufgabe zu untersuchen, mit welchem Grade von Willen oder Widerwillen die belgische Regierung dieser Erklärung zugestimmt hat. Wir können lediglich die menschenfreundliche Absicht verzeichnen, die in ihr zum Ausdruck kommt, den Druck zu verschärfen und Deutschland zur raschen Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Es wäre eitel Renommisterei, wenn wir behaupteten, daß wir den Druck, der von Paris her ausgeübt wird, nicht spüren. Das Elend der breiten Massen, ihre begriffliche Erregung, die Straßenaufläufe, die blutigen Zusammenstöße sprechen eine zu laute Sprache. Wird der Druck verstärkt, so wird das Elend noch schlimmer werden, es wird noch mehr Tote geben. Belgische und kommunistische Phantasten, französische Agenten vom Schlage des Oberleutnant Ridgert, schließlich verbrecherische Abenteuerer, die auf eigenen Nachgewinn und Beute ausgehen, werden in vereinter Anstrengung und im Kampfe untereinander mehr Unheil stiften, als man sich heute noch vorstellen kann. Das Reich zittert in seinen Grundfesten, und alle, die am Ausbruch des Chaos interessiert sind, warten mit der Uhr in der Hand, bis sich das von ihnen ersehnte Ereignis vollzieht.

In diesem Augenblick, in Untertunnis der bevorstehenden deutschen Vorschläge — oder schon in ihrer Kenntnis, das wäre noch schlimmer — tönt über Brüssel das Kommando aus Paris: „Druck verstärken!“

Wir müssen trotzdem in aller Ruhe überlegen, was die Brüsseler Erklärung diplomatisch bedeutet. Sie bedeutet, daß sich die französische Regierung für die bevorstehende Auseinandersetzung mit ihrem Gegenpieler England so stark wie möglich machen will und daß sie sich zu diesem Zweck ihres belgischen Vasallen aufs neue zu versichern sucht.

Die diplomatische Entwicklung führt, wie es scheint, im Kreislauf nach Paris Anfang Januar zurück. Die damalige Konferenz sollte vollbringen, was seit dem Waffenstillstand noch nie gelungen war, nämlich die Verbündeten des Weltkriegs in finanziellen Fragen unter einen Hut zu bringen. Da dies nicht gelang, ging die französische Regierung zur eigenmächtigen Aktion über und bezog die Ruhrstellung.

Die Ruhraktion war ein politisch kopfstohes Unternehmen. Bis heute ist ihr Ziel in Phrasennebel verhüllt geblieben, bis heute weiß auch in Frankreich niemand genau, was eigentlich an der Ruhr und mit welchen Mitteln es erreicht werden soll. Nur wenn es der Zweck des Unternehmens war, Deutschland möglichst nahe an die Anarchie heranzuführen und es möglichst ganz zu zertrümmern, kann die Wahl der Mittel als einigermassen zweckmäßig betrachtet werden. Davon abgesehen war es weder möglich, aus der Ruhraktion eine direkte Befriedigung der französischen Gläubigerinteressen zu sichern, noch auch eine durchführbare Reparationsregelung zugunsten Frankreichs zu erzwingen und wirklich durchzuführen.

Selbst die vollständigste Kapitulation Deutschlands hätte nur einen leeren Prestigeerfolg bedeutet, aber nicht mehr. Die Kapitulation, das war ein neues Versailles. Aber in Versailles war es den Verbündeten eben auch nicht gelungen, unter sich darüber einig zu werden, was Deutschland zahlen soll, wie die Zahlungen erfolgen und verteilt werden, wie die interalliierten Schulden geregelt werden sollen. Auch nach der Kapitulation konnte Frankreich nicht einfach allein diktieren und allein das Geld einstecken, das es aus Deutschland herauspreßte. Auch dann war es gezwungen, sich mit seinen Verbündeten aus dem Weltkrieg auseinanderzusetzen. Es hätte damit gar keinen finanziellen Erfolg erreicht, sondern nur den politischen, auf der Konferenz der Alliierten als die Macht erscheinen zu können, die zum zweitenmal — diesmal allein — Deutschland den Fuß auf den Nacken gesetzt hatte.

Wenn das deutsche Volk sich zu einem solchen Experiment nicht hergegeben hat und nicht hergeben will, so müssen das alle verständigen Menschen in der Welt, auch in Frankreich, begreifen. Auch diejenigen Kreise des deutschen Volkes, die der Meinung sind, daß eine ehrliche Verständigung der Völker die größten Opfer lohnt, können in der gegenwärtigen Politik Frankreichs keine Spur des Willens zu einer solchen Verständigung erblicken und richten dementsprechend ihre Stellung ein. Auch sie müssen es aufs stärkste empfinden, daß sich Paris beeilt hat, dem neuen Friedensschritt Berlins mit einer neuen Kriegserklärung zuvorzukommen.

Aus Prestige Gründen und um ihre Stellung auf der kommenden Reparationskonferenz der Weltkriegsverbündeten zu stärken, möchte die französische Regierung zuvor noch eine Kapitulation Deutschlands erzwingen. Aber da sich die Konferenz nicht mehr lange hinauszchieben läßt — man spricht von Ende Juni — ist keine Zeit mehr zu verlieren und darum soll „der Druck verstärkt werden“.

Es ist notwendig, daß die breitesten Massen des deutschen Volkes, daß vor allem auch die deutschen Arbeiter diese Dinge vollkommen klar sehen. Die internationale Verständigung auf vernünftiger und erträglicher Grundlage, das ist der Rettungshafen. Wie weit die Fahrt zu ihm ist und wie stürmisch sie sein wird, weiß keiner. Aber alles kommt

Das Ergebnis der Brüsseler Konferenz.

Ein Sieg Poincarés.

Paris, 7. Juni. (Tl.) Als wesentliches Ergebnis der gestrigen Brüsseler Konferenz wird von den heutigen Morgenblättern festgestellt, daß die von den Belgiern anfänglich herbeigewünschte Annäherung an England zunächst nicht zustandekommen werde und daß es dem französischen Ministerpräsidenten gelungen sei, die belgischen Minister zu seinem Standpunkt zu bekehren. Dieser Standpunkt lautet: Die französische Regierung sei bereit, mit den belgischen Sachverständigen einen Plan zu besprechen, der in Paris ausgearbeitet wurde, und die von Brüssel bezüglich der Reparation erteilten Anweisungen aufzugreifen. Sie sei ferner bereit, mit England und Italien in Besprechungen einzutreten, sobald die Grundlage zu einer Unterhaltung wirklich gewonnen sei. Doch halte sie es für notwendig, diese Grundlage festzustellen. Vor allem müßten sich Frankreich und Belgien zunächst darüber verständigen. Diesen Gesichtspunkt setzte Poincaré gestern in Brüssel seinen belgischen Kollegen auseinander.

Willst betont, daß die Konferenz, abgesehen von einem neu erzielten Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen, folgendes Gute gehabt habe. Erstens wisse man jetzt, was man unter der Forderung Frankreichs und Belgiens, das Ruhrgebiet erst nach dem Einbringen deutscher Zahlungen zu räumen, genau zu verstehen habe. Der belgische Standpunkt sei, daß die beiden Länder ohne Nachteil die Ruhr räumen können, sobald die eigentlichen französisch-belgischen Reparationen zu Ende gingen, d. h. falls den französisch-belgischen Reparationen vor Beendigung der von Deutschland sämtlichen Alliierten geschuldeten Zahlungen eine Priorität zuerkannt werde. Diese Auffassung wurde von den beiden Verbündeten rückhaltlos angenommen. Andererseits wurde im Hinblick auf die Forderung nach Einstellen des passiven Widerstandes festgestellt: Deutschland muß zu dem status quo ante vom 1. Januar 1923 zurückgehen, ohne daß die von den Franzosen und Belgiern

darau an, daß das Schiff der Deutschen Republik nicht unterwegs zerbricht und daß eine neue Katastrophe vermieden wird, die gerade über die arbeitenden Schichten eine Summe von Elend bringen würde, die sich jeder Vorstellungsmöglichkeit entzieht.

In einer Lage wie der gegenwärtigen gibt es kaum eine rettende Klugheit, die alles mit einem Schlag zum Besseren wenden kann, aber dafür desto mehr Torheiten, aus denen unabsehbare Unheil entsteht. Und wie es die erste Regel der ärztlichen Kunst ist, „non nocere“, wenigstens nicht zu schaden, so ist es die erste Kunst der Politik, wenigstens Torheiten zu vermeiden, die Millionen mit der Vernichtung, und eine im menschlichen Kulturinteresse notwendige Volksgemeinschaft, die Deutsche Republik, mit dem zeitweiligen Untergang bedrohen.

Die Finanzen der Städte.

Bei den Verhandlungen des Deutschen und Preussischen Städtetages, die in der vorigen Woche in Heidelberg stattfanden, ist erneut auf die finanziellen Schwierigkeiten der Städte und Gemeinden hingewiesen und die beschleunigte Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes vom Reichstag verlangt worden. Im „Berliner Tageblatt“ nimmt Paul Michaelis die Gelegenheit wahr, wieder einmal der Sozialdemokratie die Schuld für die Nichterledigung dieses Gesetzes in die Schuhe zu schieben, weil sie an ihrem Widerspruch gegen eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz. festhält. Wenn Michaelis in vorwurfsvollem Tone die Frage aufwirft, in welcher Weise man den dadurch entstehenden Ausfall decken wolle, so möchten wir ihn und seine Freunde, die auch an anderer Stelle diesen Vorwurf immer wieder erheben, daran erinnern, daß gerade die Demokraten mit allen Mitteln im Reichstag versuchten, die Anwendung des standalösen Geldentwertungsgesetzes auch auf die Gewerbesteuer, die bisher als eine der Hauptstützen der städtischen Finanzen galt, zur Verpfändung für die Länder zu machen. Der Ausfall, der dadurch den Gemeinden entstehen wird, wurde z. B. für Berlin vom Berliner Räteamt auf mindestens ein Drittel des Gewerbesteuerertrags geschätzt, während im westlichen Industriegebiet die Verhältnisse noch viel schlimmer liegen werden. Eine wirkliche Hilfe für die Gemeinden ist nur möglich, wenn endlich an die Sanierung der Reichsfinanzen herangegangen wird. Dann kann auf die Erhöhung der Umsatzsteuer, deren Wirkung viel schädlicher sein würde als der scheinbare augenblickliche materielle Vorteil, durchaus verzichtet werden. Im übrigen zeigt sich gerade bei den Gemeindefinanzen, daß der Besitz beim heutigen deutschen Steuersystem überhaupt nicht mehr zu den Lasten der Gemeinden und Städte herangezogen wird.

„Ordensrat i. V.“

Der „Verband Nationalgesinnter Soldaten“ gründete seinerzeit einen „Ordensrat i. V.“ (in Vertretung). In wessen Vertretung? Eingeweihte und dem Ordensrat nahe stehende Kreise legen das „i. V.“ dahin aus, daß dieser Rat seine Tätigkeit in Vertretung des Kaisers ausübe. Tatsächlich ist der Ordensrat längst eifrig am Werke. Er verteilt seit längerer Zeit eine „deutsche Ehrenmünze des Weltkrieges“, und zwar weitherzig an alle diejenigen, die sich um die Ränge unter Berufung auf ihre zu Hause oder an der Front geleisteten Kriegsdienste bemühen. Als nun das Verbot des Verbandes Nationalgesinnter Soldaten erfolgte, sah sich der Ordensrat bewegen, seinen Sitz von Berlin nach Bayreuth an der Aller (Bayern) zu verlegen. Dort waltet unter der wohlwollenden Fürsorge der bayerischen Regierung der Gründer dieses seltsamen Ordensrates, der schon früher als Häuptling der Berliner Einwohnerwehren und als scharfer Judenfeind eine Rolle gespielt hat, weiterhin seines Amtes. Ueber dem Ordensrat schwebt als Protektor „der Reichsverweiser“ Prinz Eitel-Schieberich, und natürlich steht ihm auch Ludendorff besonders nahe. Soll er doch am 31. März in einer besonderen

„Der Zerrissene“ von Restroy.

Volkshühne.

Die Unsterblichkeit Restroys hat die gleichen Voraussetzungen wie jene der Shakespeareschen Karren. Was diese in den Tragödien Shakespeares philosophieren, das dichtet Restroy. Die erschütternde, qualvolle Stenose der verbitterten Poeten, die schmerzreiche Mischung von gesundem Menschenverstand, der die Unmöglichkeit leugnet und den Bestand des „Idealen“ — mit dem ungewollt und phantastisch hervorbrechenden Wahnsinn, der die Vernunft in bunte Scherben schlägt. Deshalb ist Restroy nicht, wie Professoren meinen, ein „Parodist“ mit Willen und Bewußtsein. Kein Kopfsatiriker, sondern eine am eigenen Spott sterbende Seele. Ob aus einem dichterischen Genie ein Tragiker wird oder ein Possendichter, hängt manchmal davon ab, wo er geboren wird.

Man darf also, will man eine Posse von Restroy aufführen, nicht die Posse, sondern Restroy aufführen. Eine Posse von Restroy. Das heißt: die Posse, entkleidet jedes deutlichen, handgreiflichen Spottes, der die Gattung kennzeichnet, und emporgeschoben in die tragikomische, übersinnliche Sphäre Shakespeareschen Karrentums. Diese Ueber Sinnlichkeit ist es ja eben, die Johann Restroy aus der Bergesheit unzähliger Possendichter hinaushebt in Gegenwart und Zukunft Restroy ist nicht der Mann, den eine ernste Bühne nur aus sommerscher Berlegenheit aufführt. Er ist kein Pausenfüller, kein literarischer Nachhilfe, lächelnd serviert zwischen Hauptmahlzeit und schwarzem Kaffee. Und ebenso keine literarische Seltenheit mit dem leisen Patinashimmer einer Antiquität — wie etwa Hans Sachs! Man kann ihn weder kommentierend spielen, wie es Ettlinger teilweise im Staatstheater getan hat, noch so greifbar possenhaft als literarische Gattung, wie es gestern in der Volkshühne geschah. Sondern, man muß ihn in jene geheimnisvolle Stimmung hüllen können, die das ewig Lebende, immer Gültige bracht und schon selbst mitbringt.

Die Hauptfrage ist eben nicht, daß da ein Millionär aus der Sorglosigkeit eines üppigen Lebens in eine Kalamität kommt und zum Schluß wieder glücklich Millionär wird. Die Hauptfrage ist: die unsterbliche Wahrhaftigkeit dieses unwahrscheinlichen, stark ausgeprägten Vorgangs. Dieser hoch auf irdische Güter; auf die Freunde; auf das Weib; — — und diese Anmut, die irdische Güter verleihen können; und die das Weib entfalten kann; und diese erhebende, göttliche Wandlung, die ein äußerlich grobes Ereignis verursacht: die Wandlung vom Nichtstuer, Nichtserleber zum glücklichen Erlebenden; die Befreiung eines Wichts zum Menschen.

Man hätte also (Regie: Julius Sachs) keineswegs eine opernhaft einsehende Musik (Wolfgang Zeller) gebraucht, sondern eine raue, volkstümliche Ase. Und im ersten Akt vor der Tür des Herrn von Lips keine Gleitschneise, sondern eine bescheiden-anmutige Höhe, womöglich blühend. (Der Kohlberg ist kein Mont Blanc.) Man hätte einerseits das Pathos vermeiden müssen, andererseits die Derbheit. Man hätte mehr auf den Dialekt geben müssen — nicht den der Wiener Sprache, mein ich, sondern den Dialekt der Wiener Luft. Heinz Hilpert, der die Habenrolle spielte, hat Ursprünglichkeit

Feier in München die Ehrenmünze des Ordens an nicht weniger als 288 Bewerber verteilt haben. In jüngster Zeit versucht nun der „Ordensrat i. V.“, sich zu einer neuen großen rechtsradikal-Organisation auszubauen. Hier wird die Ordensspielerei zu einem neuen Gefahrenherd für die Republik und erfordert größte Aufmerksamkeit der republikanischen Behörden. Der Ordensrat hat den Titel „Die deutsche Ehrenlegion“ (also im Gegensatz zur französischen!) angenommen und versucht, unter diesem Titel die 135 000 Mann, die bereits Inhaber der Ehrenmünze sind, in „Ritterschaften“ zusammenzuschließen, wobei die Bildung von Vereinigungen in den einzelnen Ländern geplant ist. Diese organisatorische Tätigkeit der rechtsradikalen Militäristen verdient um so mehr Beachtung, als die Ritterschaften des Ordensrates zweifellos sich zum großen Teil aus Mitgliedern der verbotenen rechtsradikalen Verbände zusammensetzen. (Ho: Videant consules!)

Völkischer Hochschulterror.

Völkische Finkenchaft München gegen Reichsverfassung.
Von der „Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studenten an der Münchener Hochschule“ wird uns geschrieben: In dem offiziellen Organ der bayerischen Studentenschaft der „Deutschen Hochschulzeitung“ findet sich am 1. Juni unter der Ueberschrift „Auch Bayern behütet jüdische Professoren“ eine „Denkschrift“ der völkischen Finkenchaft München an das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Darin wird gegen die geplante Befreiung des freien Lehrstuhles für Ägyptologie an der Universität München durch Professor Spiegelberg-Heidelberg Vermahrung eingelegt. Nicht um zu der wissenschaftlichen Eignung des Herrn Professors für diesen Lehrstuhl Stellung zu nehmen, sondern als lebendiges Glied der Universität München führt sich die völkische Finkenchaft verpflichtet, für die Deutsch-erhaltung der Landesuniversität einzutreten. Weiterhin wird das Kultusministerium auf die Gefahr aufmerksam gemacht, „daß es die deutschabemische Jugend aussetzt, wenn es Geistesgüter Angehörigen eines fremden Volkes zur Verwaltung ausliefert. Die völkische Finkenchaft erwartet vom Kultusministerium eine erneute Beschlußfassung über die Berufung des Herrn Professors; denn sie sieht in dem Zwang, zu Fühen eines Fremden sitzend, zu lernen nicht die Möglichkeit gegeben, sich für Deutschlands Zukunftsaufgaben so zu rüsten, wie sie es von ihren Angehörigen als ihre Pflicht erachtet.“

Dieser Vorstoß überrascht den nicht, der das von dieser Gruppe zu Beginn des vorigen Semesters aufgestellte Wahlprogramm kennt, welches den numerus clausus für jüdische Dozenten und Studenten fordert. Die völkische Finkenchaft München erhebt diese Forderung in enger Verbindung mit den völkischen Gruppen Oesterreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens. Es ist bekannt, zu welchen Ausschreitungen im Verlauf des letzten Semesters diese völkischen Vorstöße geführt haben. Wir erinnern an die Hochschulstreiks in Wien, Prag, Budapest, Bukarest und Warschau, wir erinnern an die Revolten und blutigen Zusammenstöße, die sich daraus vielfach ergaben. Wir vermehren uns gegen die Ausdehnung dieses völkischen Terrors auf deutsche Hochschulen und bedauern, daß wiederum zuerst in München außerakademische Gesichtspunkte unter dem Druck parteipolitischer Strömungen ausschlaggebend sein sollen.

Diese „Denkschrift“ richtet sich jedoch nicht nur gegen die Freiheit von Lehre und Forschung, sondern sie fordert das bayerische Unterrichtsministerium sogar dazu auf, entgegen der Reichsverfassung zu handeln. Diese spricht in Artikel 109 aus, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, und daß alle dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben. Es würde aber eine Beschränkung der Rechte eines deutschen Hochschullehrers bedeuten, sollte man ihn, an den infolge seiner wissenschaftlichen Eignung ein Ruf ergangen ist, wegen seiner Zugehörigkeit zu einer konfessionellen Gruppe an der Ausübung seiner Lehrtätigkeit hindern. Die republikanische Studentenschaft Münchens spricht daher die Erwartung aus, daß das bayerische Unterrichtsministerium nicht nur seine Berufung aufrechterhält, sondern auch derartige Zumutungen terroristischer Gruppen energisch zurückweist.

genug, um Held einer Posse zu sein. Um ein Restroy'scher Held zu sein — dazu gehört nebst unbekümmertem Genußgefühl ein Gran Melancholie, ein klein wenig Sentiment. Er hätte die Bieder nicht nur frisch und frei herunterfingen müssen, sondern auch noch ein bißchen dabei schmelzen können — ohne kitschig zu werden. Und in der ganzen Rolle jenen schmalen gefährlichen Weg finden, der von der Heiterkeit zur Trauer führt. Auch die liebliche Gabrielle Kotter, seine Partnerin, war mehr gesunde Bauernbirn, weniger Wädel aus der nächsten Umgebung des Stefanturns. Stellenweise traf nur Georg August Koch als Schlosser Gluthammer den von Restroy gewollten Ton.

Die Bühnenbilder (Hermann Steuder) litten an einer gewissen Ueberdeutlichkeit, die Kostüme der sehr begabten Scherenschnneiderin Lotte Reiniger waren betont naïv, deshalb nicht naïv genug. Und nur ein Regieeinfall war gelungen — die plötzliche Verwandlung auf offener Bühne, ohne vertuschendes Dunkel. Auch das ist ein Symptom der Rückkehr zur Primitivität — durch höchste technische Leistung. Die Aufführung des „Zerrissenen“ kann — trotz mancher Sünde — gelungen heißen. Und mitten in diesem sommerlichen Bühnenverfall der Operettenstadt Berlin ein Verdienst.

Der Kampf gegen die Bergwerksunfälle. Prof. Wempe aus Bochum hielt am Montag vom Besten der Ruhrhilfe in der Technischen Hochschule einen Vortragsvortrag, wie er ihm bisher vor den Ruhrbergarbeitern gehalten hat, um sie auf scheinbar geringfügige Unterlassungen aufmerksam zu machen, die Ursachen der Katastrophen und Unfälle sind. Er wies statistisch nach, daß 42 Proz. aller Unfälle auf Stein- und Kohlenfall zurückzuführen sind, und daß die gefährlichsten Schlagweiterexplosionen bei weitem nicht so viele Opfer fordern wie die auf eigene Nachlässigkeit zurückzuführenden Unfälle. Aber auch gegen die Schlagweiterexplosionen, gegen die Förderkorbabstürze hat die Technik den Kampf aufgenommen und ist so weit fortgeschritten, daß die Zahl der Unfälle seit 1890 auf den vierten Teil zurückgegangen ist — allerdings so gerechnet, daß jetzt für eine viermal so große Kohlenmenge mit einem Menschenleben bezahlt werden muß wie 1890. Wie groß aber die Opferzahl immer noch ist, kann man daran erkennen, daß es im Ruhrgebiet täglich 4 Tote, 17 Schwerverletzte unter dem Tage gibt. Um diese Opferzahl zu verringern, werden jetzt die gesamten Bergbauarbeiten über die Arbeit der Versuchsstrecken aufgestellt. Sie bekommen kinematographisch den Fortgang der Experimente und ihre Resultate zu sehen und lernen so die Theorie ihres Berufes. Sie sehen den enormen Unterschied einer Sprengung durch Dynamit und durch die Sichtheitspatronen, die unter dem Entzündungsgrad des Kohlenstaubes explodieren. Sie sehen die furchtbare Gasentzündung bei der Kohlenstaubexplosion, die alle Bergwerksstellen veragelt, und die nur örtlich gefährliche, reine Schlaumetterexplosion. Sie lernen die Folgen der durch Gewohnheit abgepflegten Nachlässigkeit kennen, indem sie die Nichtbeachtung der Vorsichtsmahregeln als Ursachen der Unglücksfälle erkennen — und, wie der Vortragende schildert, sie vergessen das Gesehene nicht, denn sie werden sich der Verantwortung bewußt, die jeder für sich und alle seine Genossen unter der Erde trägt.

Das Verbot der „Münchener Post“.

Und der Verkauf der „M. N. Nachrichten“.

München, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Verbot der „Münchener Post“ ist auch in bürgerlichen Kreisen sehr peinlich empfunden worden. Es lag nahe, das Verbot in urfächlichen Zusammenhang mit den aufregenden Enthüllungen des Prozesses gegen Fuchs und Genossen zu bringen. Die „Münchener Post“ brachte den ausführlichsten, genauesten, durchaus selbständigen Bericht, dessen großer Umfang die wichtigste Quelle für die Beurteilung der dem Prozeß zugrunde liegenden Tatsachen zu werden schien. Das Verbot unseres Parteiblattes für die Zeit, während der vermutlich der Prozeß geführt werden würde, ließ natürlich die Vermutung zu, daß man lieber die bürgerlichen Zeitungen, die alle mehr oder minder nationalistisch gefärbt sind, über den Prozeß allein berichten lassen will, so daß eher manche besonders schlimme Peinlichkeit unterdrückt werden könnte. Die königlich bayerische Regierung, deren Königlichkeit sich vorerst nur mit der Sehnsucht nach dem König begnügen muß, hat aber wieder einmal ihre Macht überschätzt. Die „Münchener Post“ konnte heute nicht erscheinen, aber dafür kam das „Bayerische Wochenblatt“ heraus und brachte einen vertrauenswürdigen Bericht über den Prozeß, so daß nicht notwendig war, nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ zu greifen.

Damit soll gerade nicht behauptet werden, daß der Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ nicht auch von Interesse ist. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ drucken nämlich den Brief ab, den sie an den Präsidenten des Volksgerichtes geschrieben hatten. Darin wird festgestellt, daß Professor Fuchs seit dem Jahre 1907 nicht mehr stellvertretender Chefredakteur und Ressortredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist, daß er aber geschäftlich für die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wirkt und insbesondere bei dem Uebergang des Blattes aus dem Verlage von Knorr u. Hirth an den schwerindustriellen Konzern mitgewirkt hat. Die hierdurch aufgeworfene Frage, ob der Uebergang der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in das extremnationalistische Lager nicht am Ende mit einem Teil der 100 französischen Millionen erkauf worden ist, ist leider aus dem Briefe der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ nicht zu beantworten. Als sicher bleibt nur die Tatsache bestehen, daß der Agent dieses Verkaufs, eben Professor Fuchs, auch mit Franzosengeld gearbeitet hat.

Verbot der „Pfälzischen Post“.

Ludwigshafen, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach der am Sonnabendvormittag erfolgten Verhaftung des Geschäftsführers unseres hiesigen Parteiblattes Emil Gerich und des politischen Redakteurs Genossen Steffen durch die französische Gendarmerie wurde nunmehr die „Pfälzische Post“ auf die Dauer von 30 Tagen verboten. Als Grund für die Verhaftungen und das Verbot unseres Parteiblattes werden die Veröffentlichungen der „Pfälzischen Post“ über die Anschläge auf die pfälzischen Eisenbahnen angegeben. Aus dem gleichen Anlaß sind in Kaiserslautern die verantwortlichen Schriftleiter der „Pfälzischen Presse“ Steinger und von der „Pfälzischen Volkszeitung“ Dr. Rohr am Sonntag verhaftet worden.

Ein skandalöses Urteil.

Hamburg, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Dezember 1921 waren in der Hamburger Skandalpresse Artikel erschienen, die scharfe Angriffe gegen die Polizeiverwaltung, die in Händen von Sozialdemokraten liegt, richteten. Das „Hamburger Echo“ hatte daraufhin den damaligen „nationalen“ Stellvertretenden Polizeipräsidenten Dr. Hartmann mit diesen Artikeln in Verbindung gebracht, dabei von einer Clique gesprochen und die Verhältnisse des Stellvertretenden Polizeipräsidenten und seiner Presse“ dargestellt. Vom Schöffengericht II wurde der Verantwortliche des „Hamburger Echos“, Genosse Bugdahn, zu einer Geldstrafe von 2000 M. verurteilt. Wegen dieses Urteils legte der Räte Rat Berufung ein, und die Strafkammer II des Landgerichts Hamburg unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Steinke hob das Urteil auf und erlieferte auf 3 Wochen Gefängnis. Dieses Urteil ist vollkommen unsachbar. Es ist ein Musterbeispiel dafür, was sich Richter unter dem Schutze ihrer Unabsehbarkeit in der Republik Deutschland wieder leisten können.

Kleines Theater: „Das blonde Gift“. Man denkt: Aha Sommer-spielzeit, ein Reifer für die Kasse, also recht was Ordinäres. Und siehe da, ein Stück zwischen drei Ehepaaren. Diese befinden sich in schönen, kugen und teilweise sogar keuschen Frauen, mit geistvollen, einfachen und burschhaft tölpischen Männern. Zeitweise weiß man nicht recht, wie sich hier von diesen sechs Menschen augenblicklich anderweitig gepaart haben. Das begibt sich alles ohne Joten, doch mit Aphorismen ohne Zahl, das einem zu Rute wird, als sähe man bei Wibes „Idealen Gatten“. Eine der Damen ist Bedekinds blonde Lulu (Hilde Hildebrand), wird nach Gebrauch auch erliefert und schließlich wird es ihr sogar ins Gesicht gesagt. Was aber eine richtige Lulu ist, läßt sich dadurch nicht verblüffen, und ein richtig einsilbiger Mann fällt doch immer wieder rein. So nimmt die Sache nach mancher Spannung ihren unvermittelten friedlichen Ausgang, und Bill Kaufmann, der Sommerdirektor, Autor, Regisseur und Hauptdarsteller, nämlich Bonivant und Raissonneur zugleich, heimst alle Ehren ein und läßt, daß der nur zwei Stunden lange Dreiafter ihm über den Sommer dieses Wühorgnügens hinweggehen werde.

Kämpfe um das „drahtlose“ Publikum. Das Zuhören bei Theateraufführungen und Konzerten auf dem Wege der drahtlosen Telephonie hat sich in den Vereinigten Staaten und in England schon ziemlich eingebürgert, und es ist begreiflich, daß durch diese Umwälzung allerlei Unzuträglichkeiten hervorgerufen werden. In London ist gegenwärtig eine Bewegung unter den Theaterdirektoren und Konzertveranstaltern im Gange. Die Künstler zu boykottieren, die sich solchen Gesellschaften verpflichten, die drahtlose Vermittlung von Theateraufführungen und Konzerten übernehmen. Das Publikum ist über diese Verfolgung der Künstler entrüstet, und erst kürzlich haben 50 „Hörer“ einer Londoner Konzertagentur in einem offenen Briefe angedroht, ihre Konzerte zu verhindern, wenn sie ihre Künstler nicht weiter für das „drahtlose“ Publikum singen lassen. Die Künstler sind natürlich sehr geneigt, die nicht unbedeutlichen Summen mitzunehmen, die sie dafür erhalten, daß das Publikum über ganz England hin ihre Darbietungen genießen kann. Die Gesellschaften, die die drahtlosen Kunstgenüsse vermitteln, haben sich auch durch den Boykott nicht abschrecken lassen, sondern veranstalten „rein drahtlose“ Konzerte und haben zum Beispiel Shakespeares „Sommernachtstraum“ für ihr drahtloses Publikum aufgeführt, und zwar mit der elisabethanischen Musik, die auf dem Harpsichord gespielt wurde.

Keine Salzburger Festspiele. In diesem Jahre werden in Salzburg weder Festspiele noch Festkonzerte stattfinden. Begründet wird dieser Beschluß mit dem Mangel an Geld und den übertriebenen Anforderungen der Vermieter und Gastwirte.

Eine tier- und pflanzenbiologische Station hat die Humboldt-Stiftung m. B. G. errichtet. Die Leitung hat W. Junghans, der frühere leitende Biologe des Deutscher-Nat. Als erste Arbeit wird der lehrstoffreiche Naturfilm „Das Tierleben in der Natur“ bis zum September fertiggestellt sein. Ferner wird jeden Monat eine Anzahl von naturwissenschaftlich-populären Vortragsprogrammen herausgebracht werden.

Der Markuntersuchungsausschuß.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der gegen die Stützung der Mark gerichteten Treibereien verhandelte heute wieder in öffentlicher Sitzung. Diese wurde zum größten Teil in Anspruch genommen durch die Beratung von Fragen, welche der Volksparteier Dauch aufwarf und die darauf abzielten, nachzuweisen, daß die deutsche Wirtschaft über viel zu wenig Devisen verfüge. Herr Dauch, dem von Wirtschaften in der Devisenwirtschaft nichts bekannt zu sein scheint, bemühte sich um den Nachweis, daß ein großer Teil der deutschen Wirtschaft, er schätzte ihn etwa auf 50 Proz. mit Papiermarkkapital nicht mehr rechnen könne, sondern dazu Baulandkapital brauche. Im Verhältnis zu dem Devisenbestand, wie er von der Reichsbank geschätzt wurde, sei dieser Devisenbedarf viel größer. Herr Dauch mußte sich von den Reichsbankfachverständigen Havenstein und Geheimrat Kauffmann dahin belehren lassen, daß die Fakturierung in Dollar, die immer mehr um sich greift, die Nachfrage weit über den Bedarf hinaus steigert und daß ein großer Teil der zur Einfuhr benötigten Devisen ja durch die Warenausfuhr, durch den Ausverkauf Deutschlands und durch Markverläufe wieder heringebracht wird.

Der Volksparteier Dauch verlangt weiter die Einführung einer Goldrechnung, um der allgemeinen Verarmung vorzubeugen und auch zu verhindern, daß die Löhne so miserabel sind. Er sieht darin die Möglichkeit, das herumfliegende Material an ausländischen Noten anzusehen.

Bankier Loebe: Zweifellos hat die Einführung der Goldrechnung sehr viele Vorteile. Es werden dann keine Devisen zur werbeständigen Anlage gebraucht werden, insofern würden Goldkonten Devisen sparend wirken. Die allgemeine Einführung der Goldrechnung hat den zweiten Vorteil, daß sie den Kreis derjenigen Leute verringert, die an der Markentwertung interessiert sind. Die ungerechtfertigte Bereicherung durch die Geldentwertung würde vermieden werden. Es ist unbedingt wünschenswert, daß wieder in einer stabilen Währung gerechnet wird. Minderer der Vorteile, die mit einer Stabilisierung der Valuta eintreten müssen, würden durch die Goldrechnung ebenfalls wirksam werden. Gegen die Goldrechnung bestehen aber auch schwere Bedenken. Es ist vor allem zu bezweifeln, daß es sehr viele Leute geben wird, die sich auf Goldmark verpflichten werden und noch dazu zu bestimmten Terminen. Es handelt sich hier um eine sehr schwierige Frage, die nur von Fall zu Fall gelöst werden kann. In Hamburg kann man derartige Goldkonten mit großem Nutzen errichten. Bei uns aber, in größerer Entfernung von dem Weltmarkt, lassen sie sich nur allmählich einführen. Bedenken gegen die Goldrechnung bestehen auch deshalb, weil es sehr leicht ist, daß sich die Preise bei steigenden Devisenkursen erhöhen, während sie bei einer Besserung der Valuta schwer wieder zu erheben sind.

Reichsbankpräsident Havenstein hat gegen die Einführung der Goldrechnung Bedenken. Sie würde die rapide Angleichung der Preise und Löhne an den steigenden Dollar bedeuten, ohne daß man auch die Möglichkeit hätte, sie mit sinkendem Dollar zu senken. Praktisch würde die Goldrechnung die Landeswährung verschwinden lassen. Das Reich läme dadurch an das Ende seiner finanziellen Existenz. Man solle deshalb der Entwicklung beobachtend zusehen, nicht aber sie mit gewöhnlichen Mitteln fördern und beschleunigen.

Reingewinne bei Markkrediten.

In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für Untersuchung der Vorgänge bei der Markuntersuchungsausschuß hat Genosse Herg die Aufmerksamkeit auf die Riesengewinne gelenkt, die bei der Gewährung von Markkrediten durch die Reichsbank zu dem billigen Zinssatz erzielt werden. In unserem Bericht in der heutigen Morgenausgabe ist ein sinnenstimmender Fehler enthalten, der uns veranlaßt, die Zahlen noch einmal wiederzugeben: Danach hat derjenige Kreditnehmer, der am 1. Juni 1922 von der Reichsbank einen Gegenwert von 100 000 Dollar im Betrage von 18 675 000 Mark geliehen hat, wenn er diesen Kredit alle drei Monate in entwerteter Mark zurückzahlte, bis zum 16. Mai 1923 einen Reingewinn erzielt von 335 538 Dollar oder in Reichsmark ausgedrückt einen Gewinn von 15 1/2 Milliarden Papiermark. Dieser Gewinn ermäßigt sich lediglich um den Diskontsatz, der im höchsten Falle 200 Millionen Papiermark beträgt, nicht Goldmark, wie unser Bericht flogt.

Neue Geschäftsordnungsdebatte im Landtag.

Der größte Teil der kommunistischen Fraktion, der vor Pfingsten wegen seines bekannten unqualifizierbaren unparlamentarischen Verhaltens von den Sitzungen ausgeschlossen war, ist heute wieder erschienen. Es machte den Kommunisten Freude, sofort wieder auf eine neue endlose Geschäftsordnungsdebatte zu veranlassen.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung und sofort meldet sich der Kommunist Dr. Meyer-Ostpreußen zur Geschäftsordnung. Er protestiert gegen das Verhalten des Präsidenten Leinert gegenüber der kommunistischen Fraktion. Hierauf verlangt der Kommunist Schulz-Neuß die Umstellung der Tagesordnung. Als erster Punkt soll ein kommunistischer Antrag über die Vorgänge im Ruhrgebiet (Ausbeutung der Massen, Attentate, Mobilisierung des bürgerlichen Selbstschutzes gegen streikende Arbeiter, Verbindung von behördlichen Organen mit den französischen Besatzungstruppen) besprochen werden. Es erhebt sich Widerspruch gegen die sofortige Beratung. Rärm bei den Kommunisten. Hierauf erscheint abermals Meyer-Ostpreußen auf der Rednertribüne. Er verlangt die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags über das Verhalten des Düsseldorf-Regierungspräsidenten Lutterbeck, der sich an die Franzosen gewandt habe, um Hilfe gegen die Kommunisten zu erhalten. Auch gegen die sofortige Beratung dieses Antrags erhebt sich Widerspruch. Der Kommunist Schölem fordert alsdann die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags bezüglich der Verfügung des Innenministers betr. das Verbot der proletarischen Hundertkämpfe. Nach Ablehnung des Schölem'schen Antrags kommt der Kommunist Sobotta auf und verlangt die sofortige Besprechung der von den Kommunisten geforderten Feuerungsmaßnahmen zugunsten der oberstehtischen Arbeiter. Abermals erfolgt Widerspruch. Und nun macht die Annahme eines Antrags auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte dem langweiligen Spiel der Kommunisten mit der Geschäftsordnung und Tagesordnung ein Ende.

	7. Juni		6. Juni	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	31047.—	31207.—	30124.50	30275.50
1 argentinische Papier-Peso	27680.50	27819.50	26683.—	26817.—
1 belgischer Franc	4308.50	4421.50	4314.—	4336.—
1 norwegische Krone	13206.50	13333.50	12461.50	12531.50
1 dänische Krone	14324.—	14436.—	13865.—	13995.—
1 schwedische Krone	21147.—	21253.—	20349.—	20451.—
1 finnische Mark	—	—	2054.50	20655.50
1 japanischer Yen	—	—	—	—
1 italienische Lire	3690.50	3700.50	3491.—	3509.—
1 Pfund Sterling	367080.—	369920.—	355110.—	356890.—
1 Dollar	79301.—	79699.—	76807.—	77193.—
1 französischer Franc	5107.—	5133.—	4837.50	4862.50
1 brasilianischer Milreis	—	—	7481.—	7519.—
1 Schweizer Franc	—	—	13410.—	13484.—
1 spanische Peseta	—	—	11172.—	11228.—
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	102.74	103.26
1 schweizerische Krone	—	—	2234.—	2246.—
1 ungarische Krone	—	—	12.46	12.54
1 bulgarische Leva	—	—	798.—	802.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	852.50	857.50

Wann wird es Sommer?

Dieses Wetter ist überhaupt kein Wetter, darüber ist sich alle Welt einig. Da nach den Theorien moderner Mystiker Gedanken gleichbedeutend sind mit Kräften, so ist es eigentlich nicht zu verstehen, daß die Gedankenkräfte von Millionen, die alle auf gut Wetter gerichtet sind, nicht den so sehnlich erwünschten Zustand herbeizuschaffen vermögen. Es muß doch an irgend etwas liegen, daß der ehrwürdige Greis Petrus sich nicht entschließen kann, die Balken beiseite zu schieben. Und wir waren in den Tagen des März doch schon so schön im Zug. Die Sonne brannte damals behaglich auf den Pelz, den die Damen immer dann hervorholen, und tragen, wenn es warm wird, während man die jegliche kalte Bitterung außen an dem Thermometer und an den klammigen Fingern auch an den dünnen Florstrümpfen feststellen kann, die die Damen beknähtlich bei Kälte so gern tragen und die das einzig wirksame Mittel sind, um im höchsten jugendlichen Alter den unangenehmsten Rheumatismus zu bekommen, den man sich nur wünschen kann.

Mit dem ersten Osterfeiertag hörte die „Goldsträhne“ des guten Wetters auf und diese kalte, feuchte, regnerische Bitterung setzte ein, die noch immer kein Ende hat. Es gewinnt mitunter den Anschein, als ob das Wetter sich ausgleicht, indem es, was es im Winter an Kälte verkaumt hat, jetzt nachholt. Man darf aber nicht vergessen, daß wir noch immer im Frühling sind und daß der Sommer kalendermäßig in 14 Tagen einsetzt. Dann aber ist auch bereits wieder Sommer Sonnenwende. Mit dem Tag, mit dem der eigentliche Sommer beginnt, wendet sich das Jahr bereits wieder zum Abstieg. Die letzten Jahre haben der Jugend für ihre nächstlichen Sommerferien wenig gutes Wetter gebracht und es scheint auch in diesem Jahre so zu sein. Allerdings wird sich die Jugend wenig daran leiden, wenn gleich weiterbarische Gesellen versicherten, daß es ihnen in diesem Frühjahr doch ein bißchen zu bunz geworden sei und daß sie lieber in der Klappe in der Jugendherberge als unterm Zelt oder am offenen Feuer übernachtet haben. Die unausgeglichene Kälte führt auch bereits zu Zerstörungen in der Natur, ganz abgesehen davon, daß sie Obst und Gemüse empfindlich im Wachstum zurückhält. Von Linden und Platanen kann man in der Stadt und in den Parks zu Zeiten braun angefressene Blätter in wildem Tanz herabwirbeln sehen, ein Bild, das im Frühjahr ganz und gar herbstlich anmutet. Dennoch aber: der Sommer wird kommen, denn er muß kommen und wenn er da ist, werden wir alle zusammen wieder über die „Bullenhitze“ jammern.

Bedeutende Erhöhung der Straßenbahntarife.

Einen Sprung nach oben scheinen die Straßenbahntarife tun zu wollen. Die Berliner Verkehrsdeputation wird in einer Sitzung am Freitag dieser Woche über einen neuen Straßenbahntarif verhandeln, von dem man meint, daß er wahrscheinlich auf 500 Mark kommen wird. Freilich muß mit Sicherheit angenommen werden, daß es dabei nicht bleiben wird. Man rechnet mit einer bald folgenden Erhöhung auf 600 Mark.

Schwarzweihrote Schutzpolizeibeamte.

Vor einigen Tagen hat es in Neuföllin großes Aufsehen erregt, daß ein Verein ehemaliger Artilleristen, der nach der Beerdigung eines Mitgliedes vom Friedhof heimkehrte, in schwarzweihroter Aufmachung durch die Stadt marschierte. In dem Zuge, der mit Musik sich nach einem Lokal im Hause Bergstraße 47 begab, wurde die schwarzweihrote Vereinsfahne getragen; auch waren mehrere Teilnehmer mit schwarzweihroten Bandeliers geschmückt, und viele hatten schwarzweihrote Abzeichen an ihrer Kleidung. Die Herrschaften werden wahrscheinlich mit der Antwort kommen, schwarzweihrot seien nun mal ihre Vereinsfarben, die sie nicht zu ändern brauchen. Daß aber in der jetzigen Zeit diese auf die frühere Monarchie hinweisenden Farben provozierend wirken müssen, wenn sie sich so auf offener Straße präsentieren, das könnte auch dem Verein ehemaliger Artilleristen und den zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit berufenen Stellen klar sein. Das Tollste ist, daß in dem Zuge zwei Schutzpolizeibeamte mitmarschierten, die in ihrer Uniform waren und an ihr gleichfalls das schwarzweihrote Vereinsabzeichen hatten, und daß einer der beiden Beamten sogar die schwarzweihrote Vereinsfahne trug. Diese Beteiligung von Schutzpolizeibeamten erregte ganz besondere Verwunderung und Entrüstung, weil sie als eine Provokation der Bevölkerung aufgefaßt werden mußte, und die Passanten tarnten nicht mit Aufregung des Unwillens und der Erregung. Schutzpolizeibeamte dürfen, wenn sie in Uniform sind, Vereinsabzeichen überhaupt nicht tragen. Die beiden Beamten sind, wie aus ihrer Uniform und aus den Zahlen am Kragenpiegel zu ersehen war, ein Oberwachmeister der Polizeiinspektion Schöneberg und ein Oberwachmeister der Polizeiinspektion Friedrichshain. Mit Recht sind die Schutzpolizeibeamten Neuföllins erregt darüber, daß Beamte anderer Inspektionen dort provozierend auftreten und die Schutzpolizei bei der Bevölkerung in Verfall bringen. Zum Ueberflus war die Neufölliner Schutzpolizei noch genötigt, durch ihre eigenen Beamten vorchriftsmäßig den Zug der Schwarzweihroten loszulassen zu beschützen, damit unliebsame Auftritte vermieden wurden. Hoffentlich werden die beiden schuldigen Beamten, die in dieser Weise das Vertrauen der Bevölkerung zur Schutzpolizei erschüttern, gebührend zur Rechenschaft gezogen.

Eine Ausländerin von Ausländern bestohlen.

Bergeglückheit spielt den Frauen mitunter einen recht bösen Streich, wie die beiden nachstehenden Fälle erweisen. Eine holländische Ausländerin, die seit einigen Tagen in einem Pensionat am Kurfürstendamm wohnt, fuhr am Mittwoch mit einer Kofferbox zu Tisch in der Leipziger Str., um einzukaufen. Beim Aussteigen ließ sie ihre Ledertasche, die 340 holländische Gulden und über 1 Million in deutschem Gelde enthielt, auf dem Sitz liegen. Ehe sie es merkte, stiegen drei Damen mit einem Kinde ein und fuhren mit dem Auto weiter. Der Chauffeur wurde ermittelt und befragte die Angaben der holländischen. Die nachfolgenden Fahrgäste, auch Ausländer, haben den Fund nicht abgeliefert. Für ihre Ermittlung und die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine Belohnung von 1 Million ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Dr. Niemann im Polizeipräsidium. — Ueber 100 Millionen büßte gleichfalls durch Bergglückheit, eine Frau ein, die in Ollende eine Kraftwagen bestieg, um über Potsdam nach Berlin zu fahren. Sie stellte beim Einsteigen ein Lederköfferchen mit über 100 Millionen Mark auf das Trittbrett des Wagens und dachte erst wieder daran, als sie in Berlin ausstieg. Dort war das Köfferchen natürlich verschwunden. Es ist nun beobachtet worden, daß schon dicht hinter Ollende ein Mann am Chauffeurgraben sitzend ein Köfferchen öffnete. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung an Kriminalkommissar Dr. Koch im Polizeipräsidium.

Raubüberfall in Zehlendorf.

Von drei Begehrerern überfallen und beraubt wurde gestern abend der Ruffler Georg Baumgarten aus der Winterstraße 77 zu Berlin-Reinickendorf, der mit seinem Fuhrwerk auf dem Heimwege war. An der Ecke der Fürsten- und Potsdamer Straße in Zehlendorf saßen drei unbekannte Männer vom vorn und von beiden Seiten das Gespann an und brachten es zum Stehen. Einer riß die Laterne vom Wagen ab und schlug damit blindlings auf den Kopf des Rufflers ein. Unterdessen schnitten ihm die anderen den Taschenriemen durch und raubten ihm die Geldtasche mit 2 1/2 Millionen. Dann entflohen die Räuber nach rechts

in den Wald hinein. Schutz- und Kriminalpolizei nahmen alsbald die Verfolgung auf, bisher aber ohne Erfolg. Mitteilungen zur Aufklärung an die Kriminalpolizei des 161. Reviere und Kriminalkommissar Werneburg im Polizeipräsidium. — Nachdem es sich herausgestellt hat, daß das Raubgesindel mit besonderer Vorliebe und wiederholt die Chauffee zwischen Zehlendorf und Wannsee mit seiner unerwünschten Aufmerksamkeit bedacht hat, scheint es doch hoch an der Zeit zu sein, diese Strecke polizeilich genügend zu schützen.

Krüppelaufzucht.

Das Ostar-Helene-Heim für Heilung und Erziehung geistlich-kranker Kinder zeigt in der Mittelstands-ausstellung einen lehrreichen Ausschnitt aus der erfolgreichen Arbeit dieser Anstalt. Ihr Erziehungsdirektor Würz gab am Mittwoch in einem Vortrag weiteren Aufschluß über Wesen und Ziel der Krüppelaufzucht, für die durch das Krüppelaufzuchtgesetz jetzt eine feste Grundlage geschaffen ist. Körperliche und seelische Erziehung, die den Weg zur Arbeit und zur Freude am Leben bahnt, ist für die Krüppel eine Wohltat. Sie wird selbst den Öhnhändern zuteil, die das Ostar-Helene-Heim noch arbeitsfähig macht. Aus dem praktischen Christentum heraus entstanden die Anfänge der Krüppelaufzucht. Aber erst die moderne Orthopädie, unter deren Führern Prof. Biesalski, der ärztliche Direktor des Ostar-Helene-Heims, einen Ehrenplatz einnimmt, machte den Krüppel aus einem hilflosen Almosenempfänger zu einem durch eigene Kraft sich erhaltenden Volksgenossen. Von hoher Bedeutung ist die Mitwirkung des Krüppelpädagogen, dessen Arbeit an den Krüppeln sich auf Erweckung und Stärkung des Willens richtet und die Fähigkeit zur Berufstätigkeit entwickelt. Kunst, Schule, Werkstatt und Berufsberatung greifen ineinander, den Krüppel mündig zu einem vollwertigen Mitglied der Gesellschaft zu machen. Würz betonte, daß bei etwa 80 Prozent aller Krüppel der Eingriff des Arztes, wenn er rechtzeitig geschieht, Aussicht auf Erfolg bietet. An die Eltern richtet er die dringende Mahnung, verkrüppelte Kinder so früh wie möglich dem Arzt zu überweisen. Die Gliederkrümmungen bei englischer Krankheit erfordern ärztliche Behandlung. Ausheilen kann auch die durch Tuberkulose der Knochen und Gelenke erzeugte Verkrüppelung bei rechtzeitiger Hilfe.

Zu den angeborenen Gebrechen, die schon im ersten Lebensjahr in Behandlung genommen werden müssen, gehören Krüppel, Schiefhals, Gliederstarre. Auch angeborene Hüftgelenkverrenkung, die bei ersten Geburten bemerkt wird, erfordert sofortige Behandlung durch den Arzt. Dasselbe gilt von sich entwickelnder Rückgratkrümmung, die keineswegs sich von selbst ausmüßt. In Groß-Berlin sind seit dem 1. April d. J. acht Fürsorgestellen eingerichtet. Die Rat über die den Krüppeln zu gewährenden ärztlichen oder wirtschaftlichen Hilfsmitteln erweisen. Der Vortragende schilderte mit großer Wärme und hoher Begeisterung auch die Erziehungsarbeit, die an den Krüppeln zu leisten ist und in besonders starkem Maße individualisieren muß. Den Krüppel kann nur der eiserne Wille zur Tüchtigkeit, der in ihm geweckt und gepflegt werden muß, emporsühren. Nicht nur körperlich, sondern auch seelisch muß er entkrüppelt werden. Ein wichtiger und sehr wirksamer Erziehungsfaktor ist das Kräftegefühl, das in dem Krüppel sich regt und mit den Fortschritten wächst und ihm Selbstvertrauen gibt. Der Krüppelpädagoge erzieht den Krüppel dazu, aus eigener Kraft sich selber zu helfen. Er häßt ihn in seinem Selbstverachtungstempel.

Verhaltensmaßregeln bei Gasgefahr.

Um im Falle von Gasgefahr, Gasausströmungen, Explosionen usw. Redungen auf schnellstem Wege an die zuständige Abhilfestelle zu können, weist der Polizeipräsident auf folgendes hin: Angewöhnlichen Wochentagen werden alle solche Redungen in der Zeit von 8 bis 8 Uhr von jeder Gasrevier-Inspektion angenommen. Ist eine Revier-Inspektion nicht erreichbar, so genügt während der Bureauzeit von 8 bis 3 Uhr ein Anruf Zentrum 10520/26 (Verwaltungsgebäude der Gaswerke, Neue Friedrichstraße 100) bzw. nach 3 Uhr nachmittags der Anruf Königstadt 242 (Zentralmagazin der Gaswerke, Stralauer Platz 33). Nach 8 Uhr abends und des Nachts ist stets Königstadt 242 anzurufen. An Sonn- und Feiertagen ist stets, sei es bei Tage oder nachts, das Zentralmagazin, Stralauer Platz 33 (Telephon Königstadt 242) zur Entgegennahme derartigen Redungen bereit. Außerdem kann aber an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends bei Gasgefahr die Wache im Verwaltungsgebäude der Gaswerke, Stralauer Straße 57/58 (Telephon Zentrum 10520/26) angerufen werden.

Vergiftungen und kein Ende. Heute früh um 5 Uhr rief man Samariter der Wehr nach der Kirchbachstraße 69, wo mehrere Personen infolge Gasausströmung in Lebensgefahr schwebten. Zwei Kinder, die schon bewußtlos in ihren Betten aufgefunden wurden, konnten noch rechtzeitig herausgeholt und durch Behandlung mit Sauerstoff gerettet werden. Auch in der Choriner Straße 29, Reibestraße 9, Kronprinzenstraße 38, Fürstenstraße 8, Ebingner Straße 23 u. a. Stellen waren Samariter mit Erfolg bei Vergiftungsfällen tätig.

Wegen eines gefährlichen Brandes wurde die Feuerwehr in der letzten Nacht um 11 Uhr nach dem Ranbachufer 9 alarmiert, wo in einem Fabrikraum der Chemischen Fabrik der Radolin-Werke aus unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen war. Die Wehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig löschen, um des sehr gefährlichen Brandes Herr zu werden. Um 1 Uhr nachts war die Gefahr beseitigt. Der Fabrikbetrieb wird fortgesetzt.

Glückliche Probefahrt des neuen Passagierdampfers „München“. Ein auf der Stettiner Vulkanwerft für den Norddeutschen Lloyd erbauter, 13325 Bruttoregistertonnen großer, künstlich ausgestatteter Passagierdampfer „München“ erlebte gestern während seiner Ueberführung von Swinemünde nach Bremerhaven seine Probefahrt. Auf Grund befriedigender Ergebnisse übernahm Generaldirektor Stimming im Großen Belt unter warmer Anerkennung der Leistung der Werft, der Künstler und Arbeiter das Schiff für den Norddeutschen Lloyd. Heute nachmittags fand bei Hainbühl gefeierter Flagge eine eindrucksvolle Stögerat-Bedachnisfeier statt, woran sämtliche geladenen Fahrgäste, Abordnungen der Befahrung und Vordirektor teilnahmen. Mit Worten der Dankbarkeit gedachte Generaldirektor Stimming der in der Stögerat-Schlacht gefallenen deutschen Seemanns, weichte ihnen einen von der Kommandobrücke aus abgeworfenen Kranz aus frischen Blumen. Nach gemeinsamem Sang des Deutschlandliedes setzte „München“ die Fahrt nach Bremerhaven fort. Der Dampfer tritt seine erste Reise nach New York am 21. Juni an.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst vielfach heiter, bei mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden, nachher wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 7. Juni

abends 7 1/2 Uhr in folgenden Jugendheimen:

Abt. Friedmann, Offenbacher Str. 5a: Mitgliederversammlung. — Abt. Gumbrennen, Gumbrenner Str. 2: Mitgliederversammlung. — Abt. Kantow, I. Gumbrenndale, Schuller: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze, I. Gumbrenner Str. 32: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze IV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze V. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze VI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze VII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze VIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze IX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze X. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XL. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze XLIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze L. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LVIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXXI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXV. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVI. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXVIII. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze LXXXXXXXIX. Im Hofe zum Hühnerhof: Mitgliederversammlung. — Abt. Kuntze

